

2017



Bundestagswahl

AM 24. SEPTEMBER SIND BUNDESTAGSWAHLEN – WAS HEISST DAS FÜR UNS JUDEN?...

...Um das herauszufinden, hat eine zivilgesellschaftliche Gruppe jüdischer Deutscher, die »WerteInitiative«, acht Punkte erarbeitet, die für Juden in Deutschland bei der Bundestagswahl eine Bedeutung haben können. Die Strategie der *WerteInitiative* in diesen turbulenten Zeiten ist, die freiheitlich-demokratischen Grundwerte zu stärken und das Werteverständnis überparteilich zu fördern. Ferner will sie Israel als Partner dieser Wertegemeinschaft etablieren.

So wurden die CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, LINKE und AfD gefragt, was sie von einer »freiheitlich-demokratischen Leitkultur« halten, wie sie Rechtsstaatlichkeit durchsetzen wollen und zu Israel und den Juden stehen. Außerdem fanden die Initiatoren wichtig zu erfahren, wie die Parteien mit dem politischen Islam umgehen wollen, was ihre Haltung zu Beschneidung, zu koscherem Schächten und zur doppelten Staatsbürgerschaft ist.

Schließlich wurde abgefragt, was die zur Wahl Stehenden in Bezug auf Antisemitismus und Radikalismus zu sagen haben und was sie dagegen tun wollen. Alle Antworten sind nach Fragestellung und Partei sortiert, hier nachlesbar:

www.werteinitiative.de/die-antworten-der-parteien/

Die Antworten sind zwar alle in einem ähnlichen Ton – positiv, engagiert – formuliert, unterscheiden sich jedoch zwischen den Zeilen erheblich. Die *WerteInitiative* vermeidet bewusst, eine konkrete Wahlempfehlung abzugeben. Denn jüdische Deutsche treffen ihre Wahlentscheidung zwar als Juden, aber eben auch als Angestellte und Selbstständige, als Rentner, Vegetarier, Arbeitslose,

Investoren, Umweltschützer und Autofahrer. Daher werden für viele von ihnen die nicht im Positionspapier enthaltenen Punkte letztlich wahlentscheidend sein. Es lohnt sich also, sich mit den Gesamtprogrammen der Parteien zu beschäftigen, was z.B. bequem unter www.wahl-o-mat.de erfolgen kann. Wichtig war der Initiative, dass die Parteien vor Verabschiedung ihrer Wahlprogramme Kenntnis der jüdischen Positionen hatten und somit Gelegenheit bestand, diese im Wahlkampf zu berücksichtigen.

Wir Juden können nicht erwarten, dass andere unseren »Job« machen. Wir müssen selber verbalisieren, was uns wichtig ist! Wir alle merken, wie sich die gesellschaftliche und politische Stimmung in Deutschland ändert: Vor dem Hintergrund der Migrationssituation und globalen Veränderungen gerät das bisherige gesellschaftliche Gleichgewicht aus der Balance, und wer seine Interessen nicht äußert, wer nicht versucht, Unterstützer zu finden und ein politisches Netzwerk zu knüpfen, darf sich hinterher nicht wundern, wenn seinen Bedürfnissen und Sorgen nicht Rechnung getragen wird. Dabei ist auch klar: die meisten den Juden wichtigen Punkte sind keine im eigentlichen Sinne »jüdischen« Punkte, sondern mehrheitlich jene, die jedem politisch denkenden Demokraten am Herzen liegen sollten. Es ist Zeit, sich in die politische Diskussion einzubringen und wichtiger denn je, wählen zu gehen.

Eine Auswahl der Antworten der Parteien zu den unterschiedlichen Themen finden Sie auf den folgenden Seiten.

www.werteinitiative.de

EINE AUSWAHL DER ANTWORTEN DER PARTEIEN ZU DEN THEMEN...

X Jüdische Religion

CDU/CSU: Die jüdischen Gemeinden bereichern Deutschland. Sie sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Es ist Grund zur Freude, dass viele Juden in Deutschland wieder ihre Heimat sehen. Wir werden die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege bei der Betreuung von Zuwanderern weiter unterstützen. Eine zentrale Aufgabe bleibt, auch künftig an das unermessliche Leid zu erinnern, das den Juden unter den Nationalsozialisten zugefügt wurde.

SPD: Die jüdische Religion, Juden und Jüdinnen sowie die jüdische Kultur waren und sind Teil Deutschlands. Die SPD ist ein verlässlicher Partner der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die jüdischen Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten große Integrationsleistungen vollbracht. Das drückt sich aus in jüdischen Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und Seniorenheimen. Auch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland erbringt wichtige Sozialleistungen. Dieses Engagement würdigen wir mit dankbarer Anerkennung und wollen es auch weiterhin staatlich fördern. Als SPD fühlen wir uns dem jüdischen Erbe auch in unserer eigenen Partei besonders verpflichtet. Die Sozialdemokratie in Deutschland ist stolz auf ihre jüdischen Gründungsväter und -Mütter. Darüber hinaus gibt es einen bundesweit arbeitenden Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der wichtige Impulse in die Partei und darüber hinaus gibt.

DIE LINKE: Wir sind froh, dass es nach und trotz der Shoah weiter jüdisches Leben in Deutschland gab und gibt. Vor dem historischen Hintergrund nicht nur der Shoah, sondern auch jahrhundertelanger Diskriminierung und Ächtung von Jüdinnen und Juden, ist es uns ein besonderes Anliegen, jüdisches Leben zu fördern und zu schützen.

Bündnis 90 – Die Grünen: Wir sind dankbar für das vielfältige jüdische Leben und die erneute Verwurzelung jüdischer Kultur in Deutschland. Ein starkes und vielfältiges Judentum bereichert das Zusammenleben und festigt den Zusammenhalt in Deutschland und Europa. Es darf keine Diskriminierung geben. So wollen wir die Diskriminierung jüdischer Kontingentflüchtlinge gegenüber Spätaussiedlern im Rentenrecht aufgrund ihrer Religion beenden.

AfD: Papst Benedikt nannte aus christlich-katholischer Sicht die Juden »unsere älteren Brüder«. Dem Judentum entstammt die Idee des Menschen als »Abbild Gottes« woraus sich letztlich Art. 1 GG, wonach die Würde des

Menschen unantastbar ist, ableitet. Neben dem Christentum, den antiken griechischen Denkern, Humanismus und Aufklärung ist somit das Judentum eine Säule der modernen westlichen Welt mit ihren universalen Werten. Dass sich jüdisches Leben nach den abscheulichen Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland wieder lebendig entwickeln konnte, ist eine der großen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Für die AfD ist dies Anlass zur Freude wie zur Dankbarkeit zugleich aber auch Verpflichtung, diesen Zustand lebendig und jederzeit angstfrei zu erhalten.

FDP: Wir Freie Demokraten sind sehr glücklich, dass jüdisches Leben in Deutschland stattfindet. Wir bedauern zutiefst, dass es aber leider immer noch Anfeindungen und Vorurteilen ausgesetzt ist. Synagogen und andere Einrichtungen jüdischen Lebens unter Polizeischutz sind dafür traurige Zeugen. Wir setzen uns dafür ein, dass jüdisches Leben wie selbstverständlich respektiert wird.

X Israel

CDU/CSU: Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem, demokratischen Staat. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Wir treten deswegen für eine Zwei-Staaten-Lösung ein: mit Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat. Wir tragen dazu bei, die hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört es auch, notwendige Kritik zu üben. Wir wollen den Austausch deutscher und israelischer Jugendlicher intensivieren.

SPD: Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region, muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern ist in schweres Fahrwasser geraten. Die Kräfte auf beiden Seiten, die ein Interesse an einem Aussöhnungsprozess haben, drohen ins Hintertreffen zu geraten. Auch in der aktuell äußerst angespannten Situation erwarten wir von den beteiligten Parteien, dass sie alles tun, um die gegenwärtige Lage zu deeskalieren. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten nur auf der Grundlage der Vereinbarungen von Oslo erreicht werden kann. Wie wir auch in unserem

Grundsatzprogramm festgeschrieben haben, setzen wir auf die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Einseitige Schritte – egal von welcher Seite –, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, müssen beendet werden.

DIE LINKE: DIE LINKE sieht Deutschland in einer besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Nach unserer Überzeugung kann die Sicherheit Israels langfristig nur über eine Friedenslösung mit der palästinensischen Seite erreicht werden. Ziel einer solchen Lösung ist ein lebensfähiger palästinensischer Staat in völkerrechtlich verbindlichen Grenzen. Mit großem Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass wesentliche Akteure auf beiden Seiten aus innenpolitischen Gründen kein Interesse an einer solchen Zwei-Staaten-Lösung erkennen lassen. Einige Staaten der Region wirken nicht an einer Friedenslösung mit, sondern tragen aus machttaktischem Kalkül zur weiteren Eskalation bei. Der einzige Ausweg besteht für uns darin, auf allen Seiten die friedensorientierten Kräfte zu stärken.

Bündnis 90 – Die Grünen: Die besondere historische, kulturelle, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Israel ist ein Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel, seinem Existenzrecht und seinem Recht, in Sicherheit und in gesicherten Grenzen zu leben. Wir wollen den vielfältigen deutsch-israelischen Austausch pflegen und vertiefen. Zugleich setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir sind davon überzeugt, dass ein dauerhafter Fortbestand Israels als demokratischer Staat nur durch die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten ist. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen. Die fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-Regelung entgegenstehen, wird von uns kritisiert.

AfD: Hinsichtlich einer Lösung des israelisch-arabischen Konflikts meint die AfD heute, dass nur die Beteiligten vor Ort bilateral und ohne Vorbedingungen eine für sie tragfähige Lösung finden und dann ggf. mit Hilfe von Außen umsetzen können. Als Außenstehende möchten wir uns nicht anmaßen, Lösungsmodelle besser einschätzen zu können als die Beteiligten, die letztlich alleine die Konsequenzen tragen müssen. Als Vorbedingung für jegliche friedliche Lösung ist es allerdings zwingend notwendig, dass unverzüglich und bedingungslos Terror und

Gewalt abgeschworen wird, um perspektivisch in der Region in Frieden, Sicherheit und gemeinsam erarbeitetem Wohlstand zu leben. Dazu ist demokratische, rechtsstaatliche gesellschaftliche Weiterentwicklung notwendig mit dem Ziel, dass in der Region von allen die Menschenrechte und insbesondere auch die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit geachtet werden. Die Korruption muss überall geächtet werden. Das sind Vorbedingungen dafür, dass Juden und Araber in friedlicher Koexistenz miteinander leben können, ähnlich wie bereits fast 2 Mio. muslimische Araber mit umfangreichen bürgerlichen und uneingeschränkten religiösen Rechten im Staate Israel leben. Solange allerdings die Mehrheit der palästinensischen Araber weiterhin die Existenz Israels ablehnt, ist ein Ziel dieser Art in weiter Ferne, denn solange der antisemitische Hass auf die Juden und Israel in der palästinensischen Gesellschaft andauert, ist das praktisch kaum denkbar.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten ein. Dabei bleibt die Grundlage unserer Politik und Staatsräson das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir treten dabei für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten Modell mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können. Dabei wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit einbringen.

X Antisemitismus

CDU/CSU: CDU und CSU wenden sich national und international gegen jede Form von Antisemitismus. Der Schutz von Juden als auch jüdischer Einrichtungen ist uns ein wichtiges Anliegen. Zudem setzen wir uns dafür ein, Antisemitismus durch Bildung und Aufklärung, durch Deradikalisierungskonzepte und notfalls auch durch harte Strafen entgegenzutreten. Deutschland ist auf Grund seiner Geschichte besonders dazu aufgerufen, die Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Das gilt insbesondere für die NS-Diktatur mit ihren Menschheitsverbrechen, vor allem dem Holocaust. Um den jungen Menschen den Zugang zu den Gedenkstätten zu erleichtern, werden wir diese bei der Weiterentwicklung ihrer Vermittlungskonzepte unterstützen. Auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen für diesen Teil der deutschen Geschichte stärker als bislang sensibilisiert werden. Dabei setzen wir uns auch für eine Stärkung der Zeitzeugenarbeit ein. Wir erleben eine zunehmende Vielfalt in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass die Grundwerte

unserer freiheitlichen Demokratie Grundlage für unser tägliches Miteinander sind und bleiben. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Wenn es gelingt, den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land zu stärken, leisten wir zudem einen entscheidenden Beitrag für mehr Sicherheit. Hier sind auch die Muslime gefragt. Muslimische Verbände sind aufgefordert, sich an Sicherheitspartnerschaften zu beteiligen, um Radikalisierungen vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken. Wir sind besorgt, wie leicht sich besonders im Internet Sprache enthemmt, Hass verbreitet und zu Gewalt aufgerufen wird. CDU und CSU setzen sich für eine neue Kultur der Verantwortlichkeit im Internet und einen besseren Schutz vor Hass-Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen in sozialen Netzwerken ein.

SPD: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für eine inklusive, pluralistische und tolerante Gesellschaft in Deutschland, in Europa und weltweit. Das heißt für uns auch ganz klar, Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung dürfen keinen Platz in der Weltgesellschaft haben. Konkret bedeutet das für uns eine konsequente Strafverfolgung von Antisemitismus und jedweder Form von Menschenfeindlichkeit und -verachtung. Gleichzeitig müssen wir den Anfängen wehren: Deswegen setzen wir insbesondere auf eine umfassende Präventions- und Bildungsarbeit auf allen Ebenen. Wir haben daher durchgesetzt, dass in den vergangenen Jahren die Mittel im Bundesprogramm »Demokratie leben!« mehr als verdreifacht wurden. Diesen Weg der Vorbeugung werden wir fortführen. Dazu gehört auch, dass wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der Präventions- und Bildungsarbeit umsetzen werden.

DIE LINKE: Antisemitismus muss bekämpft werden, egal in welchem Gewand er auftritt, klassisch oder vermeintlich modern. Auch darin stimme ich mit dem aktuellen Antisemitismus-Bericht der unabhängigen Expertenkommission und deren Empfehlungen überein.

Bündnis 90 – Die Grünen: Wir lehnen einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Politik ab. Antisemitische und rassistische Äußerungen jeder Art verurteilen wir auf das schärfste. Auf antiisraelischen Demonstrationen kommt es immer wieder zu aggressiver Stimmung und Äußerungen, die sich nicht nur gegen israelische Regierungspolitik, sondern auch gegen das Existenzrecht Israels und gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger richteten. Kritik an konkreter Politik der Konfliktparteien darf nicht als Vorwand für antisemitische Äußerungen und einer grundsätzlichen Infragestellung

der Sicherheit Israels missbraucht werden. Es gilt immer und überall jeder Form des Judenhasses und des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten. Antisemitismus muss entschlossen und parteiübergreifend bekämpft werden – nicht nur im Interesse der Jüdinnen und Juden in Deutschland und weltweit, sondern im Interesse unserer demokratischen politischen Kultur.

AfD: Aus den Erkenntnissen wie sie unter Punkt 3 bereits dargelegt wurden folgt für die AfD die Ächtung jeglichen Antisemitismus', in welches Gewand er sich auch immer kleiden mag. Der Begriff »Antisemitismus« ist allerdings unscharf, weil er dem Judenhass sprachlich einen rein rassistischen Mantel umhängt. Für gedankliche und argumentative Klarheit in der Diskussion wäre tatsächlich der Begriff »Judenhass« dem Begriff »Antisemitismus« vorzuziehen. Das Bewusstsein, dass und wie Antisemitismus respektive Judenhass der Menschenwürde widerspricht muss selbstverständlicher gesellschaftlicher Konsens sein. Wo diese Einsichten nicht bestehen müssen zunächst Aufklärung und wo nötig auch ernste Sanktionen greifen.

FDP: In unserer Republik haben gruppenbezogene Menschenanfeindungen wie Antisemitismus keinen Platz. Leider ist es bisher durch Pädagogik und Aufklärung noch nicht wie erhofft gelungen, den Antisemitismus zum Verschwinden zu bringen. Daher wollen wir das bestehende staatliche und gesellschaftliche Engagement erhalten und wenn möglich ausbauen.

X Umgang mit dem politischen Islam

CDU/CSU: Die CDU steht für eine gleichberechtigte Religionsfreiheit und –ausübung nach dem Grundgesetz. Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte bringen unterschiedliche Religionen, manchmal aber auch keinen Glauben mit. Wir begrüßen die religiöse Vielfalt in Deutschland, die durch die Einwanderung in unser Land entstanden ist. Dies gilt für Religionen mit einer langen und kurzen Tradition in unserem Land. Neben dem Christentum und den angehörenden orthodoxen und orientalischen Kirchen, dem Judentum, dem Islam, dem Hinduismus oder auch dem Buddhismus gibt es in Deutschland zahlreiche Glaubensrichtungen und religiöse Gruppierungen.

SPD: Als SPD wollen wir eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden. Mit den

vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir zusammenarbeiten. Wir stärken die gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort und sorgen frühzeitig dafür, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren. Hasspropaganda im Netz werden wir durch alternative Botschaften entgegentreten und, soweit möglich, strafrechtlich ahnden. Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes. Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung von muslimischen Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, dann stehen ihnen auch die Möglichkeiten unseres bewährten Religionsverfassungsrechts offen.

DIE LINKE: Das Bild der Muslime in Deutschland wird vor allem von Kräften geprägt, die nicht für sich beanspruchen können, »die Muslime« zu repräsentieren. Das gilt sowohl für salafistische Prediger und ihre Anhänger als auch für einzelne der größeren Moscheeverbände. Leider wurde über Jahrzehnte hinweg nicht die Notwendigkeit gesehen, die mit der Zuwanderung steigende Zahl von Musliminnen und Muslimen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und mit ihnen den Weg in ein kooperatives Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaft zu gehen. Um ein Beispiel zu nennen: Eine deutlich früher etablierte Ausbildung von Religionslehrern und Imamen hätte ihre Entsendung aus anderen Staaten entbehrlich gemacht. Dieses Versäumnis muss nun mühevoll korrigiert werden. Dabei sieht es DIE LINKE nicht als hilfreich an, alle Musliminnen und Muslimen pauschal unter den Verdacht des religiösen Extremismus oder gar Terrorismus zu stellen. Dass der Staat allerdings einschreiten muss, wo unter dem Deckmantel der Religion zu Gewalt und Gesetzesbruch aufgerufen wird, versteht sich von selbst.

Bündnis 90 – Die Grünen: Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben. Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur und Weltanschauung selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben. Denn zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch agieren. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöse Bekenntnis es geht: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen wir uns entschieden entgegen. Religionsfreiheit ist ein hohes Gut.

Sie verbietet es, religiöse Überzeugungen und Äußerungen nur deshalb zu verbieten, weil sie demokratischen Grundauffassungen nicht entsprechen. Gewaltbereite Formen des Islamismus müssen selbstverständlich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Mit Ideologien die unserem Verständnis eines respektvollen Zusammenlebens aller Menschen widersprechen, suchen wir die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung für unsere Werte der Freiheit und Selbstbestimmung. Darüber hinaus finden wir, dass alle anderen in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime, die einer nicht-extremistischen Auslegung »des« Islams anhängen, wertvolle Partnerinnen und Partner bei der Bekämpfung des (gewaltbereiten) Islamismus sein können.

AfD: Die AfD ist wohl die einzige Partei, die sich in aller Klarheit gegen den politischen Islam in Deutschland ausgesprochen hat. Das Wort der Kanzlerin und des Bundesfinanzministers, wonach »der Islam« zu Deutschland gehöre, lehnen wir ab: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Anders als andere Religionen, darunter das Judentum und das Christentum, hat der Islam noch keine innere Aufklärung erlebt. Im Gegenteil, wer den Islam historisch kritisch ausleuchtet, läuft Gefahr, einer Fatwa ausgesetzt zu werden. Wie Umfragen belegen, stellt ein erheblicher Teil der in Europa lebenden Muslime ihre religiös begründeten Gesetze über die staatliche Rechtsordnung. Insbesondere die Ungleichbehandlung der Frau aber auch die der »Ungläubigen«, die Gesetze der Scharia, einzelne Suren, Teile des »Dschihads« sowie die Umma als weltweite Gemeinschaft zur Durchsetzung dieses Islam können und dürfen in einem demokratischen Rechtsstaat keine Wirkmächtigkeit erlangen. Wir verweisen für Details auf das Grundsatzprogramm (Kapitel 7.6) und das Bundestagswahlprogramm (Kapitel 6) der AfD.

FDP: Zentral ist für uns Freie Demokraten bei jeder Religionsausübung die Orientierung am Grundgesetz. Wo das Grundgesetz als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft missachtet und Gesetze verletzt werden, endet die Toleranz. Verständnis für religiösen oder ideologischen Fundamentalismus darf es nicht geben. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen ab, wie zum Beispiel durch die Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheegemeinden. Wir fordern wirksame Maßnahmen gegen den radikalen Salafismus. Dabei setzen wir auch auf die Kooperation mit all jenen Musliminnen und Muslimen und entsprechenden Verbänden, die Intoleranz, Gewalt und religiösen Extremismus bekämpfen wollen. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Vorgehen, das Repression und Prävention vereint.

24 СЕНТЯБРЯ В ГЕРМАНИИ ПРОЙДУТ ПАРЛАМЕНТСКИЕ ВЫБОРЫ. – ЧТО ЭТО ОЗНАЧАЕТ ДЛЯ НАС, ЕВРЕЕВ?...

...Этим вопросом занялись гражданские активисты, немецкие евреи, назвавшие свою инициативу «Основные ценности». Они выработали восемь пунктов, которые стоит учесть евреям в Германии при голосовании на Парламентских выборах. В наши неспокойные времена Инициатива преследует стратегию поддержки основных демократических ценностей и укрепления их понимания, независимо от партии. В дальнейшем эта группа стремится к тому, чтобы Израиль стал партнером их Инициативы. Партия ХДС/ХСС, СДПГ, СДП, Зеленые, ЛЕВЫЕ и АдГ был задан ряд вопросов о том, как они относятся к так называемой «свободно-демократической ведущей культуре», как намерены обеспечить сохранность правового государства и как они относятся к Израилю и к евреям. Далее инициаторам было важно узнать, как партии собираются бороться с политическим исламизмом и какой позиции они придерживаются по отношению к обрезанию, ритуальному забою скота и двойному гражданству.

Помимо этого, инициаторы просили вышеуказанные партии сформулировать их позиции по отношению к антисемитизму и радикализму и что они намерены предпринять против этих явлений. Все ответы, рассортированные по вопросам и по партиям, можно прочитать на сайте:

www.werteinitiative.de/die-antworten-der-parteien/

На первый взгляд, все ответы похожи по тону, все сформулированы в положительном и энергичном ключе. Однако «между строк» имеются значительные различия. Инициаторы сознательно воздерживаются от конкретных рекомендаций, какую партию следует избирать на основании их ответов. Ведь немецкие евреи принимают свое решение на выборах не только как евреи, но и как служащие, частные предприниматели, пенсионеры, вегетарианцы, безработные, вкладчики, защитники природы или автомобилисты. Поэтому для многих из них, в конечном итоге, определяющими станут факторы, не затронутые в данном опросе. Конечно, стоит ознакомиться с программами партий в целом, что можно сделать, например, на сайте www.wahlomat.de. Инициатива стремилась к тому, чтобы к моменту утверждения своих программ партии были знакомы с еврейской позицией по разным вопросам и тем самым имели возможность учесть ее в предвыборной борьбе.

Нам, евреям, не следует ждать, что кто-то другой станет «пробивать» наши интересы. Мы должны сами озвучивать наши приоритеты! Для каждого из нас очевидно, как меняется общественный и политический настрой в Германии. Миграционные волны и глобальные изменения нарушили прежний общественный баланс. Кто не сформулирует свои интересы, не обеспечит себе поддержку и не создаст

прочную сеть политических связей, тому не стоит удивляться, что его потребности и заботы не будут учтены. При этом совершенно ясно, что большинство вопросов, важных для евреев, не являются «еврейскими целями», а должны заботить каждого интересующегося политической человека, придерживающегося демократических взглядов. Пора нам включиться в общественно-политическую дискуссию и использовать свой голос, в первую очередь, – на выборах.

www.werteinitiative.de

